

Niederschrift
über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses
am 20.10.2015

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)
Beginn: 17:00 Uhr
Sitzungspause: ./.
Ende: 19:35 Uhr

Anwesend:

SPD

Herr Bauer
Frau Brandtner
Frau Gorsler
Herr Pieplau
Herr Wandersleb

CDU

Herr Copertino
Herr Hüsemann
Frau Jansen
Herr Jung
Frau Schellong

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Hood
Frau Mann
Frau Dr. Ober

Vorsitzende

Die Linke

Frau Bußmann

Bürgernähe/Piraten

Herr Gugat

Beratende Mitglieder

Frau Adilovic
Herr Buschmann
Herr Imorde
Herr Klein

Integrationsrat
FDP-Fraktion
Beirat für Behindertenfragen
Psychiatriebeirat

Verwaltung

Beigeordneter Herr Nürnberger
Beigeordnete Frau Ritschel
Frau Dr. Delius

Frau Krutwage

Herr Feix

Frau Aron

Herr Puls

Gäste

Herr Korbmacher
Herr Dr. Aubke
Herr Siegeroth
Frau Weidenbach
Frau Hilse

Schriftführung

Frau Krumme

Dezernat 5
Dezernat 3
Gesundheits-, Veterinär- und
Lebensmittelüberwachungsamt
Büro für Integrierte Sozialplanung
und Prävention
Amt für soziale Leistungen
-Sozialamt-
Amt für soziale Leistungen
-Sozialamt-
Stab Dezernat 5

AGW
Vorsitzender des Seniorenrates
REGE mbH
REGE mbH
REGE mbH

Amt für soziale Leistungen
-Sozialamt-

Öffentliche Sitzung:**Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Vorsitzende Frau Dr. Ober begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Es gibt keine Änderungen der Tagesordnung.

Zu Punkt 1**Umbesetzung der Mitglieder der SPD-Fraktion im SGA und neue stellv. Vorsitzende**

Vorsitzende Frau Dr. Ober informiert die Mitglieder darüber, dass Frau Schrader aus dem SGA ausgeschieden sei. Der Rat habe deshalb, auf Antrag der SPD-Fraktion, in seiner Sitzung am 17.9.2015 folgende Änderungen beschlossen:

- Herr Kaufmann wird ordentliches Mitglied
- bisher stellvertretendes Mitglied-
- Herr Schmalen wird neues stellvertretendes Mitglied

Darüber hinaus wurde Frau Brandtner zur neuen stellvertretenden SGA-Vorsitzenden gewählt.

-.-.-

Zu Punkt 2**Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 8. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 25.08.2015****Beschluss:**

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 8. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 25.8.2015 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3**Mitteilungen****Zu Punkt 3.1****Stellungnahme des Psychiatriebeirates zur Bielefelder Erklärung der Leistungsanbieter des Betreuten Wohnens zum Wohnungsnotstand**

Vorsitzende Frau Dr. Ober verweist auf die mit der Einladung versandte

Stellungnahme des Psychiatriebeirates zum Wohnungsnotstand. In diesem Zusammenhang weist sie auf den SGA-Beschluss vom 25.8.2015 (Drucks.-Nr. 1967/2014-2020) hin. Sie habe diese Stellungnahme mit der Bitte an die Verwaltung weitergeleitet, die enthaltenen Forderungen, soweit es möglich sei, bei der Erledigung des gefassten Beschlusses zu berücksichtigen.

Des Weiteren seien ihr vom Beirat für Behindertenfragen ergänzende Fragen zum genannten SGA-Beschluss zugegangen (**Anlage 1**). Auch diese Fragen habe sie an die Verwaltung weitergeleitet. Sie kündigt an, die Fragen des Beirates für Behindertenfragen allen Mitgliedern per Mail zur Kenntnis zu geben.

-.-.-

Zu Punkt 3.2 Sitzungstermine 2016

Vorsitzende Frau Dr. Ober weist auf die versandten Sitzungsübersichten für 2016 hin.

Herr Hood bittet, die Sitzungstermine im Mai und im Juni 2016 zu verlegen, da sie zeitgleich mit den Sitzungen des FiPA angesetzt seien. Drei Personen seien in beiden Ausschüssen vertreten. Im Hinblick auf die dann beabsichtigten Beratungen über die Verlängerung der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen wäre eine Terminänderung wünschenswert. Die Anwesenden unterstützen die Auffassung.

-.-.-

Zu Punkt 4 Anfragen

Zu Punkt 4.1 Zahlen-/Quotenentwicklung bei Langzeitarbeitslosen (Anfrage der CDU-Fraktion vom 17.08.2015)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1903/2014-2020

Vorsitzende Frau Dr. Ober verweist auf die als Tischvorlage verteilte Antwort des Dezernates V (**Anlage 2**).

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 4.2 Schutz von Frauen und Kindern/Jugendlichen in Erstaufnahmestellen (Anfrage der CDU-Fraktion vom 02.10.2015)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2150/2014-2020

Frau Dr. Ober verweist auf die mit der Einladung versandte Antwort des Bürgeramtes.

Herr Copertino spricht seine Anerkennung gegenüber der Verwaltung dafür aus, dass die Situation in den Erstaufnahmestellen so sei, wie sie in der Antwort beschrieben werde. Gleiches gelte auch für die Antwort auf die Anfrage unter Punkt 4.3.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 4.3 Situation in Flüchtlingsunterkünften (Anfrage der CDU-Fraktion vom 06.10.2015)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2159/2014-2020

Vorsitzende Frau Dr. Ober weist auf die versandt Antwort des Bürgeramtes und die Antwort des Amtes für soziale Leistungen –Sozialamt- hin (**Anlage 3**).

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 4.4 Anpassung der "Kosten der Unterkunft" an die tatsächlichen Verhältnisse und Miethöhen des Bielefelder Wohnungsmarktes (Anfrage der Fraktion Die Linke vom 13.10.2015)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2183/2014-2020

Vorsitzende Frau Dr. Ober verweist auf die als Tischvorlage verteilte Antwort des Dezernates V (**Anlage 4**).

Frau Bußmann äußert ihre Unzufriedenheit über die Antwort zu Frage 2 und teilt mit, dass sie an dieser Stelle die Nennung eines höheren anzuerkennenden Mietbetrages erwartet habe.

Beigeordneter Herr Nürnberger betont, dass bei einer Leerstandsquote von 0,5 % zu wenig Wohnraum zur Verfügung stehe. Eine Anhebung des KdU-Satzes ändere daran erstmal nichts. Langfristig müsse bezahlbarer, günstiger Wohnraum geschaffen werden, um die Situation auf dem Bielefelder Wohnungsmarkt zu entspannen. Dieses Thema werde in der Verwaltung bereits betrachtet.

Eine Einschätzung, bei welchem KdU-Satz der Wohnungsmarkt mit einer Ausweitung des Wohnraumangebotes reagiere, könne nicht gegeben werden.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 4.5 Verzicht auf Rückforderungen von vorläufigen Leistungen an Leistungsempfänger aus dem "EU-Ausland (Anfrage der Fraktion Die Linke vom 13.10.2015)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2184/2014-2020

Vorsitzende Frau Dr. Ober verweist auf die verteilte Antwort der Verwaltung (**Anlage 5**).

Frau Bußmann erläutert die Hintergründe Ihrer Anfrage.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 5 Anträge

Zu Punkt 5.1 Vorteile und Synergien durch die Zusammenfassung verschiedener Dienststellen (Antrag der CDU-Fraktion vom 14.08.2015)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1887/2014-2020

Herr Copertino merkt an, dass der CDU-Fraktion bewusst sei, dass die im Antrag aufgeführte Frist bis Ende des Jahres nicht eingehalten werden könne. Er macht deutlich, dass die Präsentation der Prüfergebnisse zeitnah erwartet würde.

Frau Gorsler teilt mit, dass die SPD-Fraktion, nach eingehender Prüfung zu dem Ergebnis gekommen sei, dass der SGA formalrechtlich nicht zuständig sei. Sie stellt daher einen Antrag zur Geschäftsordnung, die Entscheidung an den Haupt- und Beteiligungsausschuss zu verweisen.

Herr Hood unterstützt den Antrag und macht noch einmal deutlich, dass der Antrag nicht nur Themenbereiche betreffe, die in die Zuständigkeit des SGA fallen.

Herr Copertino erklärt, dass es für seine Fraktion wichtig sei, dass man sich mit diesem Thema auseinandersetze. Es müsse allerdings sichergestellt sein, dass die übrigen Ausschüsse über die Ergebnisse informiert würden. Er bittet um eine kurze Unterbrechung der Sitzung, um eine Abstimmung innerhalb seiner Fraktion zu ermöglichen.

Sitzungsunterbrechung von 17:28 Uhr bis 17:30 Uhr

Nach Wiederaufnahme der Sitzung teilt Herr Copertino mit, dass die CDU-Fraktion den Antrag zur Geschäftsordnung unterstütze.

Vorsitzende Frau Dr. Ober bittet um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages.

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion:

Der Antrag der CDU-Fraktion (Drucks.-Nr. 1887/2014-2020) wird an den Haupt- und Beteiligungsausschuss verwiesen.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 5.2

**Erstellung eines aktuellen Altenberichtes
(Antrag des Seniorenrates vom 03.06.2015)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1669/2014-2020

Vorsitzende Frau Dr. Ober verweist auf den Antrag des Seniorenrates und begrüßt in diesem Zusammenhang Herrn Dr. Aubke als Vorsitzenden des Seniorenrates.

Herr Dr. Aubke begründet den Antrag des Seniorenrates und weist darauf hin, dass der letzte Altenbericht 2005 erstellt und bis heute nicht fortgeschrieben worden sei. Der Antrag zielt auf eine Aktualisierung der Datenlage und eine Abfrage der Potentiale der Seniorinnen und Senioren ab. Am 01.10.2015 sei vom Amt für Demographie und Statistik eine Umfrage von Menschen über 55 Jahren, die nach dem Zufallsprinzip ausgewählt wurden, gestartet worden. Diese Befragung sei Teil des Europäischen Forschungsprojektes zum Demographischen Wandel „Aktives Altern“. Dieses Projekt werde federführend von der Universität Freiburg begleitet. Die Ergebnisse sollen im Frühjahr 2016 präsentiert werden.

Darüber hinaus müsse in einer Altenberichterstattung auch ein stärkeres Gewicht auf psychiatrisch- und demenzerkrankte Menschen, Menschen mit Migrationshintergrund und pflegende Angehörige gelegt werden.

Herr Hood unterstützt den Antrag, bittet aber darum, bereits vorhandene Daten aus anderen Berichten zu verwenden und nicht alles erneut zu erheben. Er schlägt vor, die Begrifflichkeit in „Seniorenbericht“ zu ändern. Frau Gorsler signalisiert ebenfalls ihre Zustimmung und dankt dem Seniorenrat für seine Initiative.

Herr Copertino signalisiert ebenfalls die Zustimmung seiner Fraktion. Herr Buschmann fordert dazu auf, einen Bericht zu erstellen, auf dessen Grundlage auch Entscheidung vorbereitet werden können. Ein reiner Defizitbericht wäre nicht zielführend.

Beigeordneter Herr Nürnberger befürwortet den Bericht und hält eine weitere Beschlussfassung durch den Rat für nicht notwendig, da für die Berichterstellung keine zusätzlichen Haushaltsmittel in Anspruch genommen würden. Sein Dezernat werde, auch im

dezernatsübergreifenden Austausch, den Bericht erstellen. Er weist aber auch darauf hin, dass zunächst die Inklusionsplanung und Bielefeld integriert vorrangige Themen seien. Er bittet um Verständnis, dass dieser Beschluss erst im Laufe des Jahres 2016 bearbeitet werden könne. Auf Nachfrage von Vorsitzender Frau Dr. Ober sind alle Anwesenden damit einverstanden, dass der Begriff „Altenbericht“ in „Seniorenbericht“ geändert wird.

Sodann fasst der Sozial- und Gesundheitsausschuss folgenden

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss beschließt, auf Empfehlung des Seniorenrates, wie folgt:

In der Wahlperiode 2014 bis 2020 ist in regelmäßigen Abständen (mindestens alle vier Jahre) eine Seniorenberichterstattung gemäß der Arbeitshilfe für Kommunen in NRW (Oktober 2014) in Bielefeld zu erstellen. Dieser Seniorenbericht sollte Grundlage für politische Entscheidungen sein zur Weiterentwicklung eines seniorenfreundlichen Bielefelds.

Dieser Seniorenbericht sollte

- **den aktuellen Bestand von Einrichtungen, Diensten und Maßnahmen der Altenhilfe in Bielefeld erfassen und inhaltlich beschreiben.**
- **Bedarfe für eine seniorenfreundliche Stadt erheben, um daraus Maßnahmen zu entwickeln und politische Entscheidungen vorzubereiten.**

Die Konzeptentwicklung sollte

- **unter Beteiligung älterer Menschen erfolgen und unter Beteiligung der Träger von Einrichtungen, Diensten und Maßnahmen,**
- **Quartiersbezug haben,**
- **die subjektive Seite von Lebenslagen und Erwartungen älterer Menschen beschreiben.**

Die Planung sollte als fortlaufender Prozess verstanden werden.

Es gilt, den Altenbericht von 2005 unter Berücksichtigung der o. g. Kriterien zu aktualisieren und fortzuschreiben.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6

Aktuelles zur Situation der Flüchtlinge in Bielefeld

Beigeordnete Frau Ritschel informiert über die Entwicklung der Flüchtlingszahlen im Bereich der Erstaufnahme. In den letzten Wochen

entspanne sich die Situation. Dies biete die Möglichkeit, den Oldentruper Hof als zentrale Unterbringungseinrichtung zu entwickeln. Dort würden 5x wöchentlich ärztliche Sprechstunden abgehalten und 2x wöchentlich Impfungen angeboten. Es sei allerdings bereits jetzt absehbar, dass sich die Situation wieder verschärfen werde, wenn Flüchtlingsströme aus dem Süden, insbesondere aus Bayern, nach Nordrhein-Westfalen weitergeleitet würden.

Darüber hinaus teilt Beigeordnete Frau Ritschel mit, dass für die langfristige Unterbringung zusätzlicher Wohnraum geschaffen werden müsse. Unter Federführung des Baudezernates sei eine Arbeitsgruppe eingerichtet worden, die unter dem Aspekt der Stadtentwicklung die Schaffung von Wohnraum für alle Bevölkerungsgruppen vorantreiben solle.

Beigeordneter Herr Nürnberger berichtet über die zahlenmäßige Entwicklung im Bereich der zugewiesenen Flüchtlinge. Er informiert über die Arbeit der Projektgruppe, die Inbetriebnahme von Gebäuden als Unterkünfte, die Entwicklungen bei den Objekten „Rütli“ und „Zedernstraße“ und die Konzeptentwicklung „Bielefeld integriert“. Insbesondere für den Bereich der Unterkunft „Zedernstraße“ sei beabsichtigt, die Gebäudebewirtschaftung und die Sozialarbeit (Beratung der Flüchtlinge und Quartiersmanagement) eng miteinander abzustimmen. Derzeit laufe ein Interessenbekundungsverfahren, in dem Träger ihre Konzepte unterbreiten können. Angedacht sei, sobald die ersten Personen in die Unterkunft einziehen, die Sozialarbeit vor Ort einzusetzen. Er äußert sich sehr erfreut darüber, dass die Träger in Bielefeld in der Lage seien, sehr kurzfristig Konzepte für eine Quartierssozialarbeit im Stadtbezirk Ummeln zu erstellen.

Es sei sein Ziel, ca. 900 Plätze in Übergangwohnheimen (Verweildauer max. 12 Monate) vorhalten zu können. Voraussetzung für eine solche zahlenmäßige Beschränkung sei u. a. die Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus, um eine entsprechende Fluktuation auf dem Wohnungsmarkt zu erzielen.

Weiterhin teilt er mit, dass die ersten Sprachkurse gestartet seien. Die entwickelten Konzepte für niedrigschwellige Sprachangebote hätten so überzeugt, dass die Aktivitäten durch zwei Großspender noch intensiviert werden könnten.

Auf Anmerkungen und Fragen von Frau Mann, Frau Bußmann und Frau Adilovic führt Beigeordneter Herr Nürnberger aus, dass der Bau von Ein-Familien-Häusern durchaus zu einer Fluktuation auf dem allgemeinen Wohnungsmarkt führe. Der Schwerpunkt des Sozialdezernates liege allerdings schon im Bereich der Geschossbauweise, die durch das Baudezernat auch intensiv vorangetrieben werde.

Zum Thema Internationale Klassen teilt er mit, dass bereits zahlreiche Klassen geschaffen worden seien; mit jeder Gruppe von zugewiesenen Flüchtlingen steige aber der Bedarf an schulischer Integration. In Grundschulen würden geflüchtete Kinder sogar in der Regel von vornherein im normalen Schulbetrieb unterrichtet. Beigeordnete Frau Ritschel ergänzt, dass es zurzeit 54 Internationale Klassen in Bielefeld gebe, für die das Land auch zusätzliche Lehrkräfte bereitgestellt habe. Beigeordneter Herr Nürnberger teilt mit, dass die Integrationsbeauftragte Frau Grewe ebenfalls in die Konzeptentwicklung Bielefeld integriert

eingebunden sei. Inhaltliche Widersprüche zum Integrationskonzept sollte es daher nicht geben, wenn doch, bittet er um einen entsprechenden Hinweis an die Lenkungsgruppe.

Beigeordnete Frau Ritschel macht deutlich, dass ihr Kritik bzgl. Erstaufnahmeeinrichtung Gütersloher Straße bekannt sei. Derzeit werde erörtert, wie die medizinische Betreuung verbessert werden könne. Im Übrigen gelte aber auch, dass bestimmte Leistungen nicht vertraglich geregelt seien. Der Betreiber sei letztlich an das gebunden, was das Land mit ihm vereinbart habe.

Frau Gorsler und Herr Hood bedanken sich für die gute Arbeit in der Flüchtlingsbetreuung. Herr Hood bittet, über das Interessenbekundungsverfahren umfassend zu informieren. Die Verwaltung sagt entsprechende Informationen zu.

Zu Punkt 7

Benennung einer Stellvertreterin/eines Stellvertreters des SGA in der Kommunalen Gesundheitskonferenz

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2130/2014-2020

Frau Brandtner schlägt Frau Gorsler als Stellvertreterin von Herrn Weber in der Kommunalen Gesundheitskonferenz vor. Weitere Vorschläge gibt es nicht.

Beigeordnete Frau Ritschel teilt mit, dass die nächste Sitzung der KGK am 28.10.2015 um 15:00 Uhr stattfindet.

Vorsitzende Frau Dr. Ober bittet die Anwesenden um ihre Abstimmung.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss benennt Frau Sylvia Gorsler zur Stellvertreterin von Herrn Weber in der Kommunalen Gesundheitskonferenz für die laufende Legislaturperiode.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

Herr Copertino teilt mit, dass Herr Weber an der nächsten KGK krankheitsbedingt voraussichtlich nicht teilnehmen könne.

Zu Punkt 8

Wohnberatung Bielefeld - Solange wie möglich sicher zu Hause wohnen/ Berichtszeitraum 2014

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1874/2014-2020

Frau Aron informiert über die Arbeit der Wohnberatung (**Anlage 6**) und macht das Ineinandergreifen der verschiedenen Beratungsleistungen in der Praxis deutlich.

Fragen von Frau Brandtner und Frau Bußmann werden von ihr beantwortet.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 9 Schulsozialarbeit nach BuT

Herr Siegeroth gibt einen kurzen Rückblick auf die Entstehung der Schulsozialarbeit in Bielefeld. Er weist darauf hin, dass die Förderung durch das Land bis 31.12.2017 verlängert worden sei. Das Land gehe allerdings davon aus, dass es sich um eine Bundesleistung handle und der Bund ab 2018 in die Dauerförderung der Schulsozialarbeit einsteige.

Frau Weidenbach informiert über die Inhalte und die Ergebnisse der sozialen Arbeit an den Bielefelder Schulen (**Anlage 7**).

Fragen von Herrn Jung zur Schulsozialarbeit an der Grundschule Vilsendorf werden beantwortet.

-.-.-

Zu Punkt 10 Handlungsprogramm der Bielefelder Ausbildungsoffensive und aktuelle Situation am Ausbildungsmarkt

Herr Siegeroth gibt einen kurzen historischen Rückblick auf die Entstehung der Ausbildungsoffensive.

Frau Hilse berichtet über das Handlungsprogramm der Bielefelder Ausbildungsoffensive und die aktuelle Situation am Ausbildungsmarkt (**Anlage 8**). Beigeordneter Herr Nürnberger macht deutlich, wie wichtig es sei, Arbeitgeber für die Bielefelder Ausbildungsoffensive zu aktivieren.

Fragen von Herrn Gugat, Frau Bußmann, Herrn Hood und Herrn Copertino werden von Herrn Siegeroth und Frau Hilse beantwortet.

-.-.-

Zu Punkt 11 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Es ist über keinen Sachstand zu berichten.

Vorsitzende Frau Dr. Ober stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Dr. Ober
(Vorsitzende)

Krumme
(Schriftführerin)